



Nr. 15

Berlin, 22. April 2009

Inhalt:

Frank Stöhr zu 60 Jahre Tarifvertragsgesetz: Unverzichtbar für den sozialen Frieden+++

dbb-Vize Lühmann: Nicht mit Stammtischparolen gegen EU-Antidiskriminierungsrichtlinie hetzen!+++

dbb: Bessere Regelungen für Mitarbeiterdatenschutz dringend notwendig – Ossenkamp: Entscheidungen nicht auf die lange Bank schieben+++

Aktionen der dbb tarifunion in kommunalen Kitas - Hasse: Spitzenleistungen gerecht bezahlen+++

dbb Vorteilswelt am Start – Peter Heesen: Echter Mehrwert für Mitglieder+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb berlin: Besoldungsrückstand beseitigen, Verhandlungen aufnehmen!+++

dbb sachsen-anhalt fordert qualitative Personalentwicklung+++

dbb m-v: neues Beamtenrecht könnte Flexibilitätsverluste bringen+++

dbb hamburg fordert mehr Personal für Publikumsdienststellen+++

DSTG-Chef Ondracek: In Aussicht gestellter Lohnsteuer-Bonus entlastet Finanzämter kaum+++

Stopp der Kinderpornographie: DPoIG begrüßt Sperrung von Internet-Seiten+++

GDBA: Neuer Bahnchef soll Service-Mängel ausbügeln+++

VBE: Frühkindliche Bildung aufwerten+++

GDL: Führungswechsel bei der Bahn bietet Chance für Neuanfang+++

DPVKOM: Deutsche Telekom darf sich nicht aus dem Breitbandausbau zurückziehen+++

Namen und Nachrichten +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Frank Stöhr zu 60 Jahre Tarifvertragsgesetz: Unverzichtbar für den sozialen Frieden

(dbb) Als „Erfolgsgeschichte“ hat der Zweite Vorsitzende des dbb und 1. Vorsitzende der dbb tarifunion, Frank Stöhr, 60 Jahre Tarifvertragsgesetz in Deutschland gewürdigt. Das Tarifvertragsgesetz (TVG) war am 9. April 1949 in Frankfurt am Main beschlossen worden und ist damit genau so alt wie die Bundesrepublik und das Grundgesetz. Das TVG habe sich als Grundlage der Tarifpartnerschaft sowohl im Bereich des öffentlichen Dienstes als auch in der Privatwirtschaft bewährt, zog Stöhr Bilanz.

„Als Rahmen für die bundesdeutsche Tarifpolitik ist das TVG maßgeblich dafür mitverantwortlich, dass Entgelt und Arbeitsbedingungen sozialpartnerschaftlich zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften geregelt worden sind“, sagte Stöhr am 9. April 2009 in Berlin. „Durch war es von 1949 an möglich, die Teilhabe der Beschäftigten an den Erfolgen ihrer Unternehmen zu sichern. Für den sozialen Frieden in der Bundesrepublik war und ist dies von unschätzbarem Wert.“

Zwar reichten die 13 Paragraphen nicht in jedem Fall aus, „Ausreißer“ wieder in die Phalanx bewährter Tarifpartnerschaft zurückzuholen, sagte Stöhr zu dem Versuch der hessischen Landesregierung, Tarifnormen für die Arbeitnehmer des Landes nicht auszuhandeln, sondern in „Tarifgesetzen“ einseitig festzulegen. „Hier bedurfte es einer aufgeklärten Öff-

fentlichkeit, vor allem aber ausdauernder und funktionierender Gewerkschaften, die diese Abwege beharrlich kritisiert haben – mit Erfolg übrigens“, so Stöhr mit Blick auf den Tarifabschluss in Hessen vom 28. März 2009.

„Das Tarifvertragsgesetz wird auch in Zukunft gebraucht“, zeigte sich der Chef der dbb tarifunion überzeugt. So schiebe es Versuchen, durch das Nicht-Verhandeln neuer Regelungen nach dem Auslaufen alter Tarifverträge sozusagen auf leisen Sohlen zu entkommen, wirkungsvoll einen Riegel vor. Von dem Gesetz gehe so „ein heilsamer Zwang zur Kreativität und Aktivität der Tarifpartner“ aus: „Tarifpolitische Änderungen sollen nämlich gemeinsam gestaltet und nicht einseitig durch planvolle Passivität erreicht werden.“
(01/15/09)

dbb-Vize Lühmann: Nicht mit Stammtischparolen gegen EU-Antidiskriminierungsrichtlinie hetzen!

(dbb) Nach Annahme der Antidiskriminierungsrichtlinie durch das Europa-Parlament hat Kirsten Lühmann, die Vorsitzende des Ausschusses für Chancengleichheit (FEMM) der CESI, den Ministerrat aufgefordert, „jetzt umgehend die europäische Richtlinie anzunehmen und so einen weiteren Schritt zur Stärkung der Menschenrechte in der Europäischen Union zu gehen.“

Lühmann, die auch stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb ist, bedauerte zugleich, dass Deutschland zu den EU Staaten zählt, in denen die Richtlinie nach wie vor auf Ablehnung stößt: „Leider wird auch bei uns immer noch mit Stammtischparolen gegen die Richtlinie gehetzt.“ Dabei sei es unsachlich, zu behaupten, Gastwirte oder Verleger wären nun verpflichtet, Nazis oder Sekten, die sich auf den Schutz der Richtlinie beriefen, ihre Räume zu vermieten oder Anzeigen abzdrukken: „Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit wurde berücksichtigt“.

Das Europäische Parlament hatte am 2. April 2009 die Richtlinie „Zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung“ mit deutlicher Mehrheit gebilligt. Die vom Parlament verabschiedete Richtlinie muss nun auch vom Ministerrat angenommen werden; nach erfolgter Zustimmung wird die Gleichbehandlung in Zukunft auch außerhalb des Arbeitsplatzes zum europäischen Recht erhoben.
(02/15/09)

dbb: Bessere Regelungen für Mitarbeiterdatenschutz dringend notwendig – Ossenkamp: Entscheidungen nicht auf die lange Bank schieben

(dbb) Der dbb unterstützt aktuelle Forderungen nach einem besseren Schutz der Mitarbeiter vor Datenmissbrauch. „Wir weisen nicht erst seit den jüngsten Skandalen bei Unternehmen wie Lidl, Deutsche Bahn und Telekom darauf hin, dass hier akuter Handlungsbedarf besteht“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Heinz Ossenkamp am 14. April 2009 in Berlin. „Die Frage, welche Daten erhoben werden dürfen, muss entweder gesetzlich oder auf der Ebene von Dienst- beziehungsweise Betriebsvereinbarungen klar geregelt werden. Entscheidungen dazu sollten nicht auf die lange Bank geschoben werden.“

Um einen Missbrauch der Daten und eine Verunsicherung der Mitarbeiter – auch im öffentlichen Dienst – zu vermeiden, sei die bisherige Praxis des Datenschutzes nicht ausreichend, sagte Ossenkamp. „Wir brauchen stringenteren Regelungen, die der Situation am Arbeitsplatz gerecht werden und praktikabel sind.“ Die

Daten müssten offen erhoben werden, „das heißt: Die Beschäftigten müssen wissen, welche Daten an ihrem Arbeitsplatz erfasst werden.“ Klar definiert sein müssen nach Ossenkamps Auffassung auch die Grenzen für die Verwendung der Daten.
(03/15/09)

Aktionen der dbb tarifunion in kommunalen Kitas - Hasse: Spitzenleistungen gerecht bezahlen

(dbb) Mit Aktionen in kommunalen Kindertagesstätten, zu denen die dbb tarifunion unter anderem in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen aufgerufen hatte, haben Beschäftigte am 21. April 2009 ihre Forderung nach einer besseren Bezahlung im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst untermauert und die Eltern über die Hintergründe informiert. „In den laufenden Tarifverhandlungen fordern wir die Anerkennung unserer Arbeit durch eine bessere Eingruppierung und damit die Gewährleistung eines zukunftsfähigen Erziehungsdienstes für Ihre Kinder“, machten Erzieherinnen in einem an die Eltern gerichteten Info-Brief deutlich, der vor Ort in den Kitas verteilt wurde. Auf Transparenten hieß es: „Kleine Kinder - kleines Geld? Nicht mit uns!“

Am selben Tag waren Gewerkschaften und Arbeitgeber in Berlin zu einer neuen Verhandlungsrunde zusammengekommen. „Es herrscht gesellschaftliche Einigkeit darüber, dass eine qualitativ hochwertige Betreuung und Erziehung unserer Kinder die beste Investition in die Zukunft ist“, sagte die Verhandlungsführerin der dbb tarifunion Siglinde Hasse vor Beginn der Gespräche. „Aber wer Spitzenleistungen will, muss auch gerecht bezahlen“, so die stellvertretende Vorsitzende der dbb tarifunion. „Deshalb fordern wir ein deutlich verbessertes Angebot der Arbeitgeber, das die gestiegenen Anforderungen an die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst berücksichtigt und eine Wertschätzung ihrer Arbeit erkennen lässt.“ Schließlich werde von den Kolleginnen und Kollegen erwartet, dass sie die ihnen anvertrauten Mädchen und Jungen individuell be-

treuen, ihre geistige Entwicklung, die Sprachfähigkeiten und ihre gesellschaftliche Integration fördern und sie fundiert auf die Bildungsanforderungen in der Schule vorbereiten.

Die bisher auf dem Tisch liegende „Minimallösung“ der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) für die Eingruppierung der Beschäftigten reiche keinesfalls aus, machte Hasse deutlich. Auch in den Kitas müsse der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ gelten; übergeleitete und neu eingestellte Kolleginnen und Kollegen dürften nicht länger unterschiedlich bezahlt werden. Auch dass Erzieherinnen mit einem Einstiegsgehalt von 1920 Euro brutto abgespeist werden sollen, sei für die dbb tarifunion nicht hinnehmbar.
(04/15/09)

dbb Vorteilswelt am Start – Peter Heesen: Echter Mehrwert für Mitglieder

(dbb) Der dbb bietet seinen Mitgliedern und deren Angehörigen einen neuen Service. Am 15. April 2009 ging die dbb vorteilswelt an den Start. Eine moderne Gewerkschaft müsse den Mitgliedern neben der Wahrnehmung ihrer beruflichen Interessen Zusatzleistungen bieten, sagte dbb Chef Peter Heesen zu dem neuen Angebot. Dienstleistungen und Zusatznutzen stünden dabei hoch im Kurs. „Ich empfehle jedem Mitglied, sich ab 15. April 2009 auf unserer Homepage unter <http://www.dbb-vorteilswelt.de> zu informieren, sich anzumelden und damit bei Einkäufen kräftig zu sparen. Es lohnt sich bestimmt“, so Heesen. Die dbb vorteilswelt biete Gewerkschaftsmitgliedern und deren Familien einen „echten Mehrwert“

Das neue Serviceprodukt biete Vorteile, die sich in Euro und Cent rechnen, so Heesen weiter: Mitglieder können online durch die dbb vorteilswelt surfen und beim Kaufen in vielen Online-Shops bares Geld sparen. Bei den Partnern der dbb shoppingwelt – bisher gibt es ebenso attraktive Angebote und hohe Rabatte wie in den Sparten autowelt, finanzwelt, reisewelt und informationswelt.

Bereits seit vielen Jahren hält der dbb neben einem umfassenden Rechtsberatungs- und -schutzangebot für seine Mitglieder über dbb Einrichtungen - dbb akademie, dbb verlag, dbb vorsorgewerk – eine breite Palette von Zusatzangeboten bereit. Sie reicht von der Fortbildungsveranstaltung über preiswerte Fachliteratur bis zu Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.
(05/15/09)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb berlin: Besoldungsrückstand beseitigen, Verhandlungen aufnehmen!

(dbb) Der Vorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, hat den unverminderten Besoldungsrückstand der Berliner Beamtinnen und Beamten erneut heftig kritisiert und die Aufnahme von Verhandlungen verlangt: „SPD und Linkspartei dürfen nicht weiter zu der Einkommensentwicklung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes schweigen und konzeptionslos versuchen, sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen“, sagte Jetschmann am 18. April 2009.

In der Berliner Beamtenschaft verstärkte sich der Frust über die fehlende Entwicklung der Einkommen. Jetschmann: „Seit dem 1. August 2004 sind die Dienstbezüge und die Versorgungsbezüge in Berlin nicht mehr angehoben worden. In den anderen Bundesländern wurden Besoldung und Versorgung dagegen mehrfach seit 2004 und nach der Tarifrunde 2009 für den öffentlichen Dienst angepasst.“ So betrage der Unterschied allein beim Grundgehalt zum Beispiel für eine Beamtin oder einen Beamten im mittleren Dienst in der Besoldungsgruppe A 8 im Polizei-, Justizvollzugs- oder Feuerwehrdienst sowie dem allgemeinen Verwaltungsdienst im Vergleich mit den Beamten im Saarland im Monat bis zu

214,08 Euro. „Beim Vergleich der Besoldung zwischen Berlin und weiteren Bundesländern ist der Besoldungsrückstand sogar noch höher.“

Unterstützt wird die Forderung Jetschmanns zur kurzfristigen Aufnahme entsprechender Tarifverhandlungen auch vom 1. Vorsitzenden der dbb tarifunion Frank Stöhr: Es muss Schluss ein mit dem tarifrechtlichen Stillstand für die Beschäftigten Berlins“, stellte Stöhr in einem Schreiben an den Berliner Innensenator Ehrhart Körting klar.
(06/15/09)

dbb sachsen-anhalt fordert qualitative Personalentwicklung

(dbb) Der dbb sachsen-anhalt hat die Ankündigung von Finanzminister Jens Bullerjahn, bis zum Jahr 2020 etwa 16.500 der derzeit 60.000 Planstellen im Landesdienst abzubauen und damit den Durchschnitt der Flächenländer West von 19 Beschäftigten je 1 000 Einwohner zu erreichen, kritisiert. „Herr Bullerjahn ist in der Frage der Zielzahlen zu sehr Dogmatiker. Ein prognostizierter Bevölkerungsrückgang führt nicht in jedem Fall zu einer signifikanten Reduzierung der Aufgaben. Polizeibeamte in Sachsen-Anhalt seien bereits heute durch Demonstrations- und Schutzeinsätze bei Fußballspielen sowie überdurchschnittliche Unfallzahlen und Straftatenhäufigkeit stärker belastet, als Beamte in anderen Bundesländern“, sagte dbb Landeschef Maik Wagner am 9. April in Magdeburg.

Auch warnte der dbb davor, im für den Sommer 2009 angekündigten aktualisierten Personalentwicklungskonzept erneut Horrorszenarien aufzuzeigen. Anstatt ständig mit Zahlen zu jonglieren, müsse die Landesregierung endlich qualitative Faktoren der Personalentwicklung vorlegen. Dazu gehörten zum Beispiel die

Aus-, Fort- und Weiterbildung einschließlich der Führungskräftefortbildung, Arbeitsschutz, Gesundheitsmanagement, Konfliktbewältigung, Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung sowie die Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen.
(07/15/09)

dbb m-v: neues Beamtenrecht könnte Flexibilitätsverluste bringen

(dbb) Der Vorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern (dbb m-v), Dietmar Knecht, befürchtet, dass durch die geplante Novellierung des Landesbeamtenrechts der Wettbewerbsföderalismus forciert wird, da es innerhalb des Nordverbundes auf Grund der unterschiedlichen Landesbeamtenengesetze zu Flexibilitätsverlusten kommen könne.

Weiter fehlten im aktuellen Gesetzentwurf motivierende Regeln zur Nachwuchsgewinnung, denn bereits heute seien kaum noch Menschen unter 40 Jahren in der Landesverwaltung tätig, gab Knecht am 20. April 2009 in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Schweriner Landtag, Harry Glawe, zu bedenken. Auch fehle bisher ein Gesetzentwurf zur Laufbahnmodernisierung, in dem sich gültige Sonderlaufbahnen, etwa für Gerichtsvollzieher und Rechtspfleger wieder finden.

Knecht kritisierte desweiteren die geplante Heraufsetzung der Regelaltersgrenze auf 67

Jahre. Die Erhöhung der Altersgrenze bei Polizei, Strafvollzug und Feuerwehren auf 62 werde vom dbb m-v ebenfalls abgelehnt. Sinnvoller wäre eine Flexibilisierung des Eintritts in den Ruhestand, wie es zum Beispiel in Niedersachsen geplant sei: „Faktisch erreicht eine große Zahl der Beschäftigten in der Privatwirtschaft wie auch im öffentlichen Dienst nicht einmal die gegenwärtige Ist-Altersgrenze. Mecklenburg-Vorpommern hätte mit Wirksamwerden der neuen Altersgrenzen die strengsten Regelungen in Nord- und Ostdeutschland.“, resümierte Knecht.
(08/15/09)

dbb hamburg fordert mehr Personal für Publikumsdienststellen

(dbb) Für eine bessere personelle Ausstattung aller Dienststellen, die direkten Bürgerkontakt haben, hat sich der Vorsitzende des dbb hamburg, Rudolf Klüver, ausgesprochen: „Präsidialabteilungen und interne Stabsabteilungen, die sich mit dem Innenleben der Behörden beschäftigen, sind personell ausreichend ausgestattet. Dienststellen mit direktem Kontakt zur Bevölkerung, die quasi das Aushängeschild des öffentlichen Dienstes sind, werden stiefmütterlich behandelt“, kritisierte der dbb Landeschef am 16. April 2009.

Klüver nimmt mit seiner Kritik den Bericht einer großen Hamburger Tageszeitung auf, die publiziert hatte, dass die erst kürzlich mit hohem organisatorischen Aufwand eingerichteten bezirklichen Kundencentren der Hamburger Verwaltung in Folge der schlechten Personalausstattung bereits ihre Leistungsgrenzen erreicht hätten. Die Bürger müssten sich dort auf

stundenlange Wartezeiten einrichten. Klüver: „Auf die Konjunkturoffensive mit zusätzlichen Ausbildungsquoten im öffentlichen Dienst kann nicht gewartet werden. Das Problem ist seit langem bekannt, wir erwarten vom Senat, dass er zeitnah im Sinne der Beschäftigten in Publikumsdienststellen tätig wird.“
(09/15/09)

DSTG-Chef Ondracek: In Aussicht gestellter Lohnsteuer-Bonus entlastet Finanzämter kaum

(dbb) Der von der SPD ins Spiel gebrachte 300-Euro-Bonus für den Verzicht auf eine Steuererklärung würde die Finanzämter nach Ansicht der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) nur bedingt entlasten. „Es würden viele Steuerzahler, die bisher überhaupt keine Steuererklärung abgegeben haben, versuchen, die 300 Euro zu bekommen“, sagte DSTG-Chef Dieter Ondracek am 16. April 2009 der Deutschen Presse-Agentur dpa in Berlin

Ondracek schätzt, dass bisher fünf Millionen Steuerzahler bei ihren Erklärungen weniger als 300 Euro Steuern zurückerstattet bekommen und somit für den Bonus infrage kämen. „In diesen Fällen ist es natürlich viel aufwendiger, die Steuererklärungen zu bearbeiten, als pauschal 300 Euro beziehungsweise 600 Euro bei Verheirateten zu überweisen.“ An dieser Stelle ergebe sich durch den Wegfall der Bearbeitung von Millionen Steuererklärungen eine deutliche Arbeitserleichterung: „Aber diese dürfte zum Großteil aufgeessen werden durch die Anträge auf den Bonus von Leuten, die bisher gar nicht beim Finanzamt in Erscheinung getreten sind.“

So könnten unter anderem könnten viele Arbeitnehmer, die bisher faktisch keine Fahrtkosten, Werbungskosten oder andere Sonderausgaben abzusetzen hatten sowie zum Beispiel Schüler und Studenten, die Ferienarbeit gemacht haben und denen vielleicht 100 Euro

Lohnsteuer abgezogen worden sei, Anträge auf den Bonus stellen.

Gerade im ersten Jahr würde dies sogar eine Mehrbelastung für die Finanzämter bedeuten, da die Daten der Antragsteller geprüft und in das Computersystem eingespeist werden müssten. Unter dem Strich bleibe wohl nur eine leichte Entlastung für die Finanzämter. Ondracek: „Für viele Bürger aber hätte ein solcher Bonus natürlich positive Wirkungen, da sie ohne große Formalitäten 300 beziehungsweise 600 Euro kommen könnten.“

Die SPD will in ihrem neuen Wahlprogramm einen Lohnsteuer-Bonus von 300 Euro versprechen. Diesen sollen alle Steuerzahler erhalten, die neben ihrem Lohn keine weiteren Einkünfte haben und auf eine Steuererklärung verzichten.

(10/15/09)

Stopp der Kinderpornographie: DPoIG begrüßt Sperrung von Internet-Seiten

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) befürwortet die aktuelle Vereinbarung von fünf großen deutschen Internetanbietern mit dem Bundeskriminalamt (BKA), die den Zugang zu Web-Seiten mit Kinderpornographie erschweren soll. „Die Innenminister in Bund und Ländern müssen aber weiterhin mehr dafür tun, damit überall ausreichendes und spezialisiertes Personal bei der Polizei zur Verfügung steht, um Pädophile im World Wide Web ausfindig zu machen. Das Aufspüren pädophiler Straftäter mit dem Ziel, derartige Straftaten erst gar nicht entstehen zu lassen, muss weiterhin absoluten Vorrang haben“, sagte der 1. Stellvertretende DPoIG-Bundesvorsitzende Hermann Benker am 17. April 2009 in Berlin.

Gleichwohl hält der DPoIG-Vize die Vereinbarung für sinnvoll. „Jeder Schritt, der die Verbreitung und Nutzung von kinderpornographischem Inhalt eindämmt, findet unsere volle Unterstützung. Wenn Bundesministerin Ursula von der Leyen erwartet, dass mit der Sperrung der Seiten bis zu 450.000 Zugriffe täglich verhindert werden, so ist dies schon ein Erfolg“, erläuterte Benker und verwies zugleich auf die ständige Zunahme kinderpornografischer Akti-

vitäten im Netz: Allein zwischen 2005 und 2007 verzeichnete in die Kriminalstatistik einen Anstieg von 3.800 auf rund 11.400 Fälle. Benker: „Auch für 2008 erwarten wir eine Zunahme. Deshalb sollte auch die Zahl der polizeilichen Ermittler in diesem Deliktsfeld entsprechend erhöht werden!“
(11/15/09)

GDBA: Neuer Bahnchef soll Service-Mängel ausbügeln

(dbb) Die Verkehrsgewerkschaft GDBA erwartet vom designierten neuen Bahnchef Rüdiger Grube eine „Angebots- und Serviceoffensive“: „Die Bahn hat die Bedürfnisse der Kunden nicht ausreichend berücksichtigt», sagte der GDBA-Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel am 12. April 2009 im Interview mit der Nachrichtenagentur AP. Im Personenverkehr seien große Fehler gemacht worden: Als Beispiele nannte Hommel die Abschaffung der Interregio-Züge, Schwierigkeiten bei der Fahrrad-Mitnahme und zu geringe Investitionen in neue Züge sowie beim Erhalt und der Modernisierung von Bahnhöfen.

„Die Bahn ist in den vergangenen Jahren wegen des geplanten Börsengangs sehr kostenorientiert geführt worden,“ kritisierte Hommel gegenüber AP. Zugleich habe sich das Unternehmen in der Öffentlichkeit auch noch schlecht verkauft: So werde das Bild des Unternehmens in der Öffentlichkeit von „Verspätungen, Langsam-Fahrstellen und anderen Problemen“ negativ geprägt, obwohl die Pünktlichkeit in den vergangenen Jahren auf mehr als 90 Prozent verbessert worden sei.

Der GDBA-Chef zeigte sich zugleich überzeugt, dass der frühere Vorstandschef Hartmut Mehdorn das Unternehmen in vielen Punkten richtig geführt hat. So sei der Güterverkehr zu einem internationalen Logistikunternehmen umgebaut worden, auch im Personenverkehr stimmten die Zahlen. Vorwürfe, die Bahn ziehe sich aus der Fläche zurück, ließ Hommel nicht gelten: «Die Politik bestimmt, was im Nahverkehr bestellt und gefahren wird.»
(12/15/09)

VBE: Frühkindliche Bildung aufwerten

(dbb) Nach Auffassung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) steht die Personalsituation in Kindergärten immer noch in krassem Widerspruch zu Aussagen der Politik über den hohen Stellenwert der frühkindlichen Bildung. „Ich kann es nur begrüßen, wenn sich die Kultusministerkonferenz (KMK) endlich einmal mit der Wirklichkeit der frühkindlichen Bildung befassen will, wie das der diesjährige KMK-Präsident erklärt hat“, sagte der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 16. April 2009 mit Blick auf die laufenden Tarifverhandlungen im Erziehungs- und Sozialbereich.

„Die Besten für die Jüngsten zu gewinnen, muss heißen, Qualifikation und Bezahlung der Erzieherinnen nicht mehr gegeneinander auszuspielen“; stellte der VBE-Chef klar und kritisierte es als „Unding“, dass die Arbeitgeber offensichtlich „vollen Einsatz und hohe Professionalität zum Nulltarif haben wollen“. Inzwischen sei allgemein anerkannt, dass schulische

Karrieren erfolgreicher verlaufen, wenn die Kinder bereits im Kindergarten individuelle Förderung erfahren. Dazu passe nicht, dass sich die Arbeitsbedingungen ständig verschlechterten und viele Erzieherinnen und Erzieher aus Kostengründen nur noch stundenweise und abhängig von der Belegung beschäftigt würden. „Unter solchen Umständen

ist systematische Bildungs- und Erziehungsarbeit ist nur schwer möglich“, warnte Beckmann.

(13/15/09)

GDL: Führungswechsel bei der Bahn bietet Chance für Neuanfang

(dbb) Nach Auffassung des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, Claus Weselsky, bietet der Wechsel an der Spitze der Deutschen Bahn die Chance auf einen Neuanfang und eine Rückbesinnung der eigentlichen Aufgabe einer staatlich bezuschussten Bahn dem Eisenbahn-Geschäft: „In den vergangenen Jahren hat sich die Politik zu wenig um das Schicksal der Bahn gekümmert und Mehdorn einfach machen lassen“, sagte Weselsky am 7. April 2009 im Interview mit „Zeit Online“.

Es sei an der Zeit, dass die Politik entscheide, was für eine Deutsche Bahn sie eigentlich will. Auch wenn diese Entscheidung sicherlich nicht vor der Bundestagswahl im Herbst gefällt werde: „Danach hat die Politik die Chance, die Weichen neu zu stellen“, zeigte sich der GDL-Chef überzeugt. Weselsky kritisierte, dass der vormalige Bahnchef Hartmut Mehdorn es zwar geschafft habe, „die eigenen Interessen als jene der Politik zu definieren“. Die wesentlichen Ziele aber habe er verfehlt.

Weselsky: „Der Anteil der Schiene am Personenverkehr liegt heute etwa auf dem gleichen Stand wie bei Mehdorns Amtsantritt vor zehn Jahren. Durch die zahlreichen Zukäufe im Ausland haben wir es heute mit einem Unternehmen zu tun, das zur Hälfte ein Logistikkonzern ist, die größten Gewinne aber dort einfährt, wo der Staat zuzahlt – im Regionalverkehr.“
(14/15/09)

DPVKOM: Deutsche Telekom darf sich nicht aus dem Breitbandausbau zurückziehen

(dbb) „Ich kann an die Deutsche Telekom nur appellieren, sich nicht aus dem Ausbau der Breitbandversorgung in ländlichen Gebieten zurückzuziehen. Dies wäre in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise der völlig falsche Weg. Gerade jetzt müssen beschäftigungswirksame Investitionen für die Zukunft durchgeführt werden.“ Mit diesen Worten reagierte der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, auf die Entscheidung der Deutschen Telekom, den stärkeren Ausbau von Breitbandanschlüssen für unversorgte Gebiete im ländlichen Raum auf den Prüfstand zu stellen.

Gleichzeitig fordert die DPVKOM von der Bundesregierung und der Europäischen Union, Investitionsanreize für alle Unternehmen zu schaffen, die in den Breitbandausbau investieren wollen. „Es ist doch völlig klar, dass sich die Investitionskosten für die einzelnen Unternehmen auch rechnen müssen. Wenn dies nicht gewährleistet ist, wird kein Telekommunikationsanbieter der Welt, auch nicht die Deutsche Telekom, den Breitbandausbau forcieren. Was wir brauchen, ist ein Investitionsschutz und keine Preisregulierung und Rahmenbedingungen, die Investitionen hemmen“, so Geyer weiter. Letzteres führe nur dazu, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland leide

und zigtausende Arbeitsplätze gefährdet würden.

Die Deutsche Telekom begründet ihre Rückzugspläne vom Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Bereich mit einer aktuellen Entscheidung der Bundesnetzagentur. Danach sollen Wettbewerber der Deutschen Telekom für die Anmietung der Teilnehmeranschlussleitung (die so genannte „letzte Meile“) zukünftig nur noch 10,20 Euro monatlich zahlen anstatt wie bisher 10,50 Euro. Nach Telekom-Angaben wird ihr dadurch ein hoher zweistelliger Millionenbetrag entzogen.
(15/15/09)



Namen und Nachrichten

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Kirsten Lühmann** findet es bedauerlich, dass der Beruf des „Staatsdieners“ auch heutzutage noch mit dem alten Vorurteil des vermeintlich unselbständigen Befehlsempfängers belastet ist. „Dieses falsche Bild steckt so tief in den Köpfen vieler Menschen, dass es schwer ist, mit der Wirklichkeit dagegen zu halten“, sagte Lühmann im Interview mit der Cellischen Zeitung (Ausgabe vom 18. April 2009). „Dabei sind in den letzten Jahren gerade im Bereich des öffentlichen Dienstes vielfältige Reformprojekte nur durch die Flexibilität der Beschäftigten umgesetzt worden.“

Am 9. Deutschen Seniorentag, der unter dem Motto „Alter leben – Verantwortung übernehmen“ vom 8. bis 10. Juni 2009 in Leipzig stattfindet, wird erstmalig auch der **dbb** Flagge zeigen, der seit zwei Jahren Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) ist. Auf der den Seniorentag begleitenden Messe SenNova werden dbb **BRH, komba gewerkschaft** und **BDZ** wird in Halle 2 des Congress Centers Leipzig über ihre Arbeit informieren. Darüber hinaus wird stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** am 9. Juni im Forum „Alter in finanzieller Sicherheit leben“ Erwartungen an die Politik formulieren und diese mit den rentenpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen diskutieren. Weitere Informationen zum 9. Deutschen Seniorentag und zur SenNova im Internet unter: www.sennova.de.

Der Vorsitzende des dbb saar, **Artur Folz**, hält eine Aufweichung des Alimentationsprinzips für wenig sinnvoll. Zwar sei gegen den Vorschlag des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, dass auch Beamte privat für Alter vorsorgen sollten, nichts einzuwenden. Trotzdem müsse der Dienstherr dafür sorgen, dass Beamte ihren Lebensstil auch im Ruhestand ohne pri-

vate Vorsorge bestreiten können, sagte Folz dem Onlinedienst „Saartext“ am 8. April 2009.

Mit Blick auf den tragischen Tod von drei volljährigen Schülern, die anlässlich der Abschlussfahrt ihrer Berufsschule in die Türkei nach dem Genuss gepanschten Alkohols ums Leben gekommen waren, hat sich der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), **Heinz-Peter Meidinger** für ein „von den Bundesländern auch per Verordnung vorgeschriebenes komplettes Alkoholverbot auf Fahrten und Schulveranstaltungen“ ausgesprochen. Hierbei sei es wenig sinnvoll zwischen volljährigen und nicht volljährigen Schülern zu unterscheiden, stellte Meidinger am 14. April 2009 in Berlin klar: „Jede Schule hat das Recht, die Teilnahme von Studienfahrten an die Akzeptanz bestimmter Regeln zu binden. Das gilt auch bereits für erwachsene Teilnehmer.“

Rüdiger Reedwisch, der Bundesvorsitzende der bundespolizeigewerkschaft bgv hält die derzeitige organisatorische Auflösung des Operativen Sozialwissenschaftlichen Dienstes (SWD) im Zuge der Neuorganisation der Bundespolizei für nicht akzeptabel. „Die mit der Auflösung des SWD einher gehende Aufspaltung des Fachpersonals in andere Aufgabengebiete dokumentiert eine katastrophale Fehlentwicklung in der Bewertung einer notwendigen sozialwissenschaftlichen Begleitung und Betreuung der Mitarbeiter der Bundespolizei“, sagte Reedwisch am 8. April 2009 während eines Hintergrundgesprächs mit dem Stellvertretenden Abteilungsleiter der Bundespolizei im Bundesministerium des Innern, Peter Christensen. „Wir halten einen eigenständigen operativen SWD zugleich mit einem Lehrauftrag unter Anbindung an das Bundespolizeipräsidium für zeitgemäß und unverzichtbar, so Reedwisch weiter.“

(16/15/09)